

**Information gemäß Art. 13,14 der Datenschutz-Grundverordnung
Organisation von Wahlen - Bestellung Wahlhelfer**

Datenschutzinformationen

Stadtverwaltung	Mengen, Hauptamt
Verantwortlicher nach Art. 4 Nr. 7 DSGVO	<p>Bürgermeister Stefan Bubeck Hauptstr. 90, 88512 Mengen Tel. 0 75 72 / 607 – 0 info@mengen.de</p> <p>Stv. Bürgermeister Georg Bacher Hauptstr. 90, 88512 Mengen Tel. 0 75 72 / 607 – 0 info@mengen.de</p>
Behördliche Datenschutzbeauftragte	<p>Ulrike Eben Datenschutzbeauftragte der Stadt Mengen Hauptstr. 90, 88512 Mengen datenschutzbeauftragte@mengen.de</p>
Zweck(e) der Datenverarbeitung, Rechtsgrundlagen	<p>Die Stadt erhebt personenbezogene Daten zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen, um Wahlhelfer für die Urnen- und Briefwahl zu bestellen. Zur Übernahme einer solchen ehrenamtlichen Tätigkeit sind Bürger nach § 15 der Gemeindeordnung BW verpflichtet. Beschäftigte der Stadt Mengen können im Rahmen des Direktionsrechts mit Arbeiten zur Vorbereitung und Durchführung von Wahlen und Abstimmungen beauftragt werden.</p> <p>Die Erhebung von personenbezogenen Daten sowie die Speicherung für künftige Wahlen ist nach den jeweiligen Wahlgesetzen zulässig (insbesondere Gemeindeordnung BW, Kommunalwahlgesetz, Landtagswahlgesetz, Bundestagswahlgesetz). Im Einzelnen dürfen Name, Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummern, Zahl der Berufungen zu einem Mitglied der Wahlvorstände und die dabei ausgeübte Funktion erhoben und verarbeitet werden.</p>
Herkunft der Daten	Die Daten werden beim Betroffenen selbst erhoben; sofern es sich um Beschäftigte der Stadt Mengen handelt, werden Personaldaten und Akten früherer Wahlen herangezogen.
Dauer der Speicherung	Die Daten werden gelöscht, sobald der Zweck dafür entfällt. Die Berufung in ein Wahlorgan wird dauerhaft für künftige Wahlen und für Ehrungen gespeichert. Die notwendige Archivierung von Daten bleibt davon unberührt.
Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden) - Interne Stellen	keine

Empfänger oder Kategorie von Empfängern der Daten (Stellen, denen die Daten offengelegt werden) - Externe Stellen	keine
Betroffenenrechte	<p>Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) insbesondere folgende Rechte:</p> <ul style="list-style-type: none"> a) Auskunftsrecht über die zu ihrer Person gespeicherten Daten und deren Verarbeitung (Artikel 15 DS-GVO). b) Recht auf Datenberichtigung, sofern ihre Daten unrichtig oder unvollständig sein sollten (Artikel 16 DS-GVO). c) Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, sofern eine der Voraussetzungen von Artikel 17 DS-GVO zutrifft. Das Recht zur Löschung personenbezogener Daten besteht ergänzend zu den in Artikel 17 Absatz 3 DS-GVO genannten Ausnahmen nicht, wenn eine Löschung wegen der besonderen Art der Speicherung nicht oder nur mit unverhältnismäßig hohem Aufwand möglich ist. In diesen Fällen tritt an die Stelle einer Löschung die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 18 DS-GVO. d) Recht auf Einschränkung der Datenverarbeitung, sofern die Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden, die Daten zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen der betroffenen Person benötigt werden oder bei einem Widerspruch noch nicht feststeht, ob die Interessen der Stadt gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen (Artikel 18 Absatz 1 lit. b, c und d DS-GVO). Wird die Richtigkeit der personenbezogenen Daten bestritten, besteht das Recht auf Einschränkung der Verarbeitung für die Dauer der Richtigkeitsprüfung. e) Widerspruchsrecht gegen bestimmte Datenverarbeitungen, sofern an der Verarbeitung kein zwingendes öffentliches Interesse besteht, das die Interessen der betroffenen Person überwiegt, und keine Rechtsvorschrift zur Verarbeitung verpflichtet (Artikel 21 DS-GVO).
Verpflichtung, Daten bereitzustellen, Folgen der Verweigerung	Gegen Bürger, die ohne wichtigen Grund eine ehrenamtliche Tätigkeit ablehnen, kann ein Ordnungsgeld verhängt werden.
Beschwerderecht	Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde (Der Landesbeauftragte für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Baden-Württemberg, Königstraße 10a, 70173 Stuttgart, Tel.: 0711/61 55 41 0, E-Mail: poststelle@lfdi.bwl.de), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.